



Foto: Carsten Costard

Festveranstaltung

Eröffnung und Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Malte Blümke

*Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Vertretungen der Presse
und Medien,*

ich begrüße Sie sehr herzlich zu der Festveranstaltung des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz hier in Stromberg. Viele von Ihnen werden Stromberg und Umgebung nicht näher kennen. Manche kennen vielleicht die Stromburg von Johann Lafer – wer jetzt einen Gourmet-Aufenthalt erwartet hat, den muss ich leider enttäuschen. Allerdings ist die Mensa, die Johann Lafer am Gymnasium am Römerkastell in Bad Kreuznach mit Na-

turprodukten führt, durchaus beachtenswert.

Alle kennen aber die Geschichte des Schinderhannes, die in dieser Gegend spielt. Und ich muss gestehen, dass ich der Figur des Schinderhannes in den heutigen Umbruch-Zeiten mit seinem Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse durchaus Sympathien entgegenbringen könnte. Allerdings entspricht der Schinderhannes-Mythos, der durch Carl Zuckmayer noch gefördert wurde, kaum dem historischen Schinderhannes, der doch eher Räuber als Rebell und schon gar kein Widerstandskämpfer war (Und

schließlich, wer will schon von den eigenen Leuten verraten und von der Obrigkeit hingerichtet werden?).

Mit uns macht Bildung Schule

Manche kennen schon unsere Tagungsstätte, das Land- und Golfhotel Stromberg. Wenn Sie hier Golf spielen wollen, müssen Sie die Platzreife erwerben. Das bedeutet, dass Sie pro Loch nur wenige Schläge mehr als die Profis spielen dürfen. Wir setzen uns dagegen für die Bildungsreife ein und betonen das durch unser Tagungsmotto »Mit uns macht Bildung Schule«. Wir haben bewusst den Kompass als

Leitbild für unsere Vertreterversammlung 2013 gewählt. Der Kompass zeigt unseren klaren Kurs in der Bildungs- und Berufspolitik!

Wir wissen, dass wir damit einen sehr ambitionierten Anspruch erheben, können dies aber auch vor dem Hintergrund der Personalratswahlen und vieler Bildungsstudien machen, denn bei den Personalratswahlen 2013 haben wir mit diesem Motto mehr als 75 Prozent der Stimmen an den Gymnasien gewonnen. Für erfolgreiche Bildungsarbeit sind die Gymnasien des Landes bekannt, wie auch die Schulen in Rheinland Pfalz überhaupt. Den Schulen und Ihnen allen, die Sie heute nach Stromberg gekommen sind und die Sie alle ihren Anteil an dem Bildungserfolg haben, an unterschiedlichen Orten und in unterschiedlichen Funktionen, möchte ich ganz herzlich danken und gleichsam die Bildungsreife bescheinigen.

Kulturelle Identität

Die kulturelle Bildung nimmt in unserem Bildungsverständnis der umfassenden Allgemeinbildung einen wichtigen Stellenwert ein. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert hat kürzlich beim Vertretertag des Deutschen Philologenverbandes die kulturelle Identität als die Grundlage unserer Gesellschaft definiert. Beispielhaft stehen dafür heute das Orchester und die Musikerinnen und Musiker des Emanuel-Felke-Gymnasiums Bad Sobernheim unter der Leitung von Stefanie Ludes. Herzlichen Dank dafür, wir freuen uns schon jetzt auf zwei weitere Beiträge.

In konstruktivem Dialog mit den Parteien und der Bildungsverwaltung

Bildung ist auf unserer Ebene ohne Bildungspolitik nicht denkbar. Dies

gilt natürlich auch umgekehrt. Hier werden die Weichen gestellt und vor allen Dingen die notwendigen Ressourcen bereitgestellt. Als Vertretung der Legislative und der Parteien darf ich stellvertretend für die SPD-Landtagsabgeordnete und bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Bettina Brück, MdL, das Mitglied im Bildungsausschuss und stellvertretenden Arbeitskreisvorsitzenden Benedikt Oster und die CDU-Landtagsabgeordnete und bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Bettina Dickes, für das Bündnis 90/Die Grünen die Landtagsabgeordnete und bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Ruth Ratter herzlich begrüßen. Ich freue mich auch, den Landesvorsitzenden der FDP Rheinland-Pfalz, die sich immer stark für das Gymnasium engagiert hat, Dr. Volker Wissing begrüßen zu können. Mit Ihnen allen haben wir stets konstruktive Gespräche geführt, wobei wir nicht immer einer Meinung waren, mit manchen war die Schnittmenge der Gemeinsamkeiten größer, aber auch ein kontroverser Dialog kann zu Ergebnissen führen. Dazu empfehle ich Ihnen ausdrücklich die Grußworte der Parteien, die wir ihnen zur Verfügung gestellt haben.

Es ist eine gute Tradition, dass als Vertretung der Exekutive Bildungsministerin Doris Ahnen zu uns kommt und in einem Grundsatz-Grußwort die aktuelle Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz erläutert. Herzlich willkommen. Es ist immer besser, miteinander zu reden als übereinander. Deshalb pflegen wir einen sehr intensiven und konstruktiven Dialog mit der Ministerin und den Staatssekretären Hans Beckmann und Walter Schumacher und Staatssekretärin Vera Reiß und den Vertreterinnen und Vertretern des Bildungsministeriums. Sehr ge-

ehrte Doris Ahnen, wir wissen, dass Sie zurzeit in den Koalitionsverhandlungen in Berlin sehr stark engagiert sind. Als Unterstützung Ihrer Forderung haben wir vor vierzehn Tagen auf der Vertreterversammlung des Deutschen Philologenverbandes in Berlin die Aufhebung des Kooperationsverbotes gefordert und zwischen Bund und Ländern einen Pakt für Bildung vorgeschlagen, in dem in den nächsten vier Jahren zwanzig Milliarden Euro an Investitionen in die Bildung vorgesehen sind. Diese zusätzlichen Investitionen sollten insbesondere in den Renovierungsbedarf und die verbesserte technische Ausstattung von Schulen fließen.

Wir haben wirklich sehr viele und gute Gespräche geführt mit den Abteilungen des Bildungsministeriums und auch der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion. Dies gilt vor allem für die Gymnasialabteilung im Bildungsministerium, die durch deren Leiterin Barbara Mathea und Dr. Klaus Sundermann vertreten wird. In der Frage der Bewertung und Umsetzung der Nationalen Bildungsstandards und der Befürwortung von dezentralen Abiturprüfungen sind wir mit Ihnen, verehrte Barbara Mathea, weitgehend einer Meinung. Bei den Wettbewerben arbeiten wir mit der Gymnasialabteilung sehr eng zusammen, ich will nur den Deutschen Lehrpreis, der am Montag dieser Woche in Berlin verliehen wurde – unsere Bildungsministerin ist in der Jury vertreten – ein Kollege vom Immanuel Kant-Gymnasium Pirmasens war auch unter den Preisträgern – und den Iyrix-Gedichtwettbewerb nennen, bei dem der Philologenverband Rheinland-Pfalz sich ja besonders engagiert. Zahlreiche berufs- und personalpolitische Fragen werden mit der ADD konstruktiv besprochen. Hier darf ich den Leiter der Schulabteilung der ADD, Klaus-Günter

Süssmann, und Martin Gill von der ADD-Neustadt herzlich begrüßen.

Im engen Verbund mit den Dachorganisationen ...

Von dem neuen dbb-Bundesvorsitzenden Klaus Dauderstädt soll ich Sie alle herzlich grüßen. Er hatte bis vor kurzem fest vor, hier zu uns zu kommen. Allein heute hat er inzwischen drei Termine in Berlin, das hängt auch mit den schwierigen Koalitionsverhandlungen zusammen. Vor vierzehn Tagen hat er mir in Berlin extra aufgetragen, Rainer Gierlich, seinen Mitschüler vom Görres-Gymnasium in Koblenz besonders zu grüßen. Mit Klaus Dauderstädt sind wir der Meinung, dass Lehrkräfte, die als Arbeitnehmer beschäftigt werden, einen Anspruch darauf haben, dass die Länder als Arbeitgeber mit dem dbb und den Tarifparteien endlich eine verlässliche und transparente Grundlage für einen Tarifvertrag zur Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern im Arbeitnehmerverhältnis schaffen, das Regelverhältnis sollte allerdings so ausgestaltet sein, dass Lehrer auch in Zukunft Beamte sein müssen, wie es in Rheinland-Pfalz nach wie vor der Fall ist!

Als Landesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes begrüßen wir Lilli Lenz, die hauptverantwortlich den Protest der Verbände im Deutschen Beamtenbund gegen die ungerechten und einseitigen Sparmaßnahmen der Landesregierung angeführt hat. Gemeinsam haben wir mit machtvollen Protestveranstaltungen vor dem Landtag, durch Unterschriftenaktionen und jetzt mit der Klage vor Gericht gegen die Reallohnkürzungen, das Besoldungsdiktat, das neue Dienstrechtsreformgesetz, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die Streichung der 2000 Lehrerstellen protestiert. Lilli Lenz wird heute in Ihrem Grußwort die schädlichen Auswirkungen des

Koalitionsvertrages und der daraus resultierenden Gesetzgebung darstellen.

... und den Lehrerverbänden im Deutschen Beamtenbund

Bei den Protestveranstaltungen haben die Lehrerverbände im Deutschen Beamtenbund eine entscheidende Rolle gespielt. Herzlich begrüßen wir von dem Deutschen Realschullehrerverband den Landesvorsitzenden Bernd Karst, den stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Wünschel und den Pressesprecher Wolfgang Häring. Mit dem VDR arbeiten wir schon seit Jahrzehnten eng und vertrauensvoll zusammen und haben mit unserer gemeinsamen Liste an den Integrierten Gesamtschulen mit rund dreißig Prozent der Stimmen einen schönen Erfolg erzielt und jeweils zwei weitere Sitze im Bezirks- und Hauptpersonalrat gewonnen. Auch mit Ulrich Brenken vom Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen und Karl-Heinz Fuß vom Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen arbeiten wir im Beamtenbund und im Bildungsbündnis und in den Hauptpersonalräten intensiv und erfolgreich zusammen.

Zusammenarbeit mit den Eltern

Ich begrüße den neugewählten Landeselternsprecher Dr. Thorsten Ralle. Wir bieten Ihnen und dem neuen LEB, in dem die Gymnasien gut vertreten sind, eine gute Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrern an. Mit besserer Bildung für unsere Schülerinnen und Schüler haben wir ein gemeinsames Ziel. Wir kennen Sie, verehrter Dr. Ralle, aus der gemeinsamen Arbeit im Bildungsbündnis Rheinland-Pfalz und sind uns deshalb sicher, dass Sie die Sorgen und Nöte der Schulen vor Ort kennen und sich mit großem Engagement für mehr Bil-

dung für alle Kinder einsetzen werden.

Als Vertretung der Eltern begrüßen wir auch Dr. Irmtraud Heym und Günter Ammann für den Elternverein Rheinland-Pfalz. Ich begrüße Elvire Kuhn als die Sprecherin des Bildungsbündnisses Rheinland-Pfalz, das Eltern- und Lehrerververtretungen zum ersten Mal in der Geschichte des Landes zusammenführt.

Lehrerfortbildung wichtiger denn je

In den heutigen sehr bewegten Zeiten ist die Lehrerfortbildung wichtiger denn je. Deshalb freuen wir uns, dass Dr. Birgit Pikowsky vom Pädagogischen Landesinstitut zu uns gekommen ist und gerne unsere Fortbildungswünsche nach qualifizierten schulartspezifischen fachlichen Fortbildungen entgegennehmen wird! Dass jetzt die Reisekosten bei den Fortbildungsveranstaltungen von Anfang an bezahlt werden, freut uns natürlich, wir sehen damit eine unserer Forderungen, die wir immer wieder gestellt haben, erfüllt. Kein Verständnis haben wir allerdings dafür, dass die Fortbildungsveranstaltungen dadurch um 25 Prozent heruntergefahren werden. Hier muss im Doppelhaushalt 2014/2015 nachgebessert werden.

Zusammenarbeit mit dem Philologenverband des Saarlandes

Ich begrüße den Vorsitzenden des Philologenverbandes Saarland Dr. Marcus Hahn. Die Philologenverbände Rheinland-Pfalz und Saarland setzen sich gemeinsam für eine leistungsorientierte gymnasiale Bildung ein. Dazu gehören bildungs- und berufspolitische Rahmenbedingungen an den Schulen, die eine solche Ausrichtung auch ermöglichen.



Foto: Josef Zeimentz

1. Reihe v.r.n.l.: Ruth Ratter, MdL, Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Benedikt Oster, MdL, SPD-Landtagsfraktion, Bettina Dickes, MdL, CDU-Landtagsfraktion, Lilli Lenz, Beamtenbund Rheinland-Pfalz, Doris Ahnen, Staatsministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MBWVK), Barbara Mathea, Leiterin der Gymnasialabteilung des MBWVK

Aktionsbündnis Gegliedertes Schulwesen

Vom Aktionsbündnis Gegliedertes Schulwesen darf ich Wolfgang Kuert aus Niedersachsen herzlich begrüßen. Lieber Wolfgang Kuert, Ihr täglicher Pressespiegel ist uns inzwischen ein unentbehrlicher Informationsgeber!

Festredner Professor Dr. Rainer Dollase

Mit dem Namen Dollase verbinden jetzt einige von Ihnen wieder das Gourmet-Thema, denn Jürgen Dollase ist mit seiner Geschmacksschule und seinen FAZ-Kritiken der Deutsche Restaurant-Kritiker Nummer 1. Jürgen Dollase ist der Bruder von Professor Dr. Rainer Dollase, emirierter Psychologieprofessor der Uni-

versität Bielefeld, der heute unseren Festvortrag hält: »Auf den Lehrer kommt es an – ein Plädoyer für die Bedeutung der Lehrerpersönlichkeit für erfolgreiches Lernen.« Lieber Prof. Dollase, herzlich willkommen im schönen Hunsrück. Wir freuen uns sehr über Ihre Zusage. Ich habe mit Freuden Ihren Vortrag zu den psychosozialen Folgen des demographischen Wandels in München gehört. Ich darf Ihnen allen versichern, dass es ein sehr informativer, aber auch höchst unterhaltsamer Vortrag werden wird.

Verbände, Personalräte und Ehrengäste

Vom Deutschen Altphilologenverband begrüße ich OstD Horst-Dieter Meurer, von der Landesdirektorenvereini-

gung OstD Werner Schuff, vom Deutschen Germanistenverband Dr. Markus Müller. Stellvertretend für den Philologenverband Rheinland-Pfalz begrüße ich die Ehrevorsitzenden Hubert Schmitz und Max Laveuve, die Ehrenmitglieder Ursula Päßler, Marie-Luise Prüm, Egon Born, Rainer Gierlich, Arno Ochsenreiter, Horst Schädlich, Rudolf Schu, Sabine Randow vom Ehrengericht und die Mitglieder der Gremien des Verbandes und der Bezirke.

Der Philologenverband Rheinland-Pfalz wurde bei den letzten Personalratswahlen von den rund 11 000 Lehrkräften an den Gymnasien, Kollegs und gymnasialen Studienseminaren mit 75,84 Prozent der Stimmen gewählt. Ähnlich sieht das Ergebnis bei den Schulpersonalräten aus. Wir kön-

nen deshalb mit Recht in Anspruch nehmen, dass wir die Gymnasien repräsentieren. Auch an den Integrierten Gesamtschulen hat uns die überwiegende Zahl der Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer gewählt. Deshalb begrüße ich mit großer Freude die Personalräte der Gymnasien, der Kollegs und der Gesamtschulen und die entsprechenden Bezirks- und Hauptpersonalräte.

Von der kommunalen Familie, die ja durch manche bildungspolitische Entscheidung betroffen ist, darf ich Anne Denker von der Verbandsgemeinde Stromberg, Dr. Wolf Böhm als Beigeordneten der Stadt Speyer und Wolf-Dieter Schumann von der Kreisverwaltung Bad Kreuznach herzlich begrüßen. Das Konnexitätsprinzip wird ja nicht immer gewahrt. Wir wollen, dass auch die Kommunen von dem Pakt für Bildung profitieren.

Ich freue mich, dass wir in Rheinland-Pfalz eine sehr breite Bildungslandschaft haben, die keineswegs auf die Zentren bezogen ist, sondern gerade im ländlichen Raum besonders ausgeprägt ist. Als deren Vertretung dürfen wir begrüßen:

- Anna Dicke, *OStDn, Lina-Hilger-Gymnasium Bad Kreuznach*
 - Birgid Lier-Kories, *OStDn, Hildgardis-Schule Bingen*
 - Klaus Sanders, *OStR, ehemals Integrierte Gesamtschule Stromberg*
 - Werner Schuff, *OStD, Hofenfels-Gymnasium, Zweibrücken*
- und
- Marissa Wetzel-Schumann, *OStDn, Emanuel-Felke-Gymnasium Bad Sobernheim*

Mit dem Begrüßungsmarathon ist es wie bei einem echten Marathonlauf. Manches will man erreichen, manches schafft man nicht; natürlich habe ich jetzt einige vergessen, der eine

oder andere, die eine oder andere ist vielleicht (noch) nicht anwesend; dafür schon jetzt eine Entschuldigung und der Hinweis auf die Gästeliste.

Hoher Qualitätsanspruch an Schule

Meine Damen und Herren, ich hatte mir für heute Nachmittag vorgenommen, die wichtigsten bildungs- und berufspolitischen Fragen, die uns im Augenblick auf den Nägeln brennen, vorzutragen. Ich werde jetzt jedoch nicht darstellen, was ich alles gesagt hätte, wenn die Zeit reichen würde, damit die Ministerin nicht die Gelegenheit bekommt, auf meine virtuellen Ausführungen entsprechend zu antworten und damit die Akzente anders setzen kann. Und es gibt auch Dinge, die ein Lehrer nicht sagt. Ich werde auch keine Ziffern-Noten verteilen, denn das ist heute in der Bildungslandschaft nicht erwünscht und kam beim letzten Mal gar nicht an. Auch die neuen »vierstufigen fakultativen standardbasierten Könnensprofile« in der Grundschule können nicht überzeugen, also bleibt es bei der bewährten verbalen Beurteilung.

Staatsministerin Doris Ahnen, ...

... Sie haben seit 1991 verantwortliche Positionen im Bildungsministerium übernommen. Heute leiten Sie das Superministerium Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, Sie sind derzeit die dienstälteste und erfahrenste Kultusministerin in einem Bundesland, als profilierte Bildungsministerin sind Sie Sprecherin für die SPD-Bildungspolitik der Länder, leiten von Seiten der SPD die augenblicklichen Koalitionsverhandlungen im Bildungsbereich, vielleicht sind Sie sogar die zukünftige Bundesbildungs- und Bundeswissenschaftsministerin.

Sehr geehrte Ministerin, in der Tat haben die Schulen in Rheinland-Pfalz eine überzeugende Bilanz vorzuweisen. Das liegt sicherlich auch an Ihrer pragmatischen und unideologischen Art, Bildungspolitik zu betreiben, nach dem Motto: »Machen, was geht. Und schauen, was nicht geht.« Der Erfolg hat immer viele Väter und Mütter, die Bildungsministerin davon auszuschließen, wäre unfair. Natürlich beanspruchen wir als Gymnasiallehrerverband auch unseren Anteil daran, letztendlich ist der Erfolg aber den vielen Lehrkräften, Schülern und Eltern zu verdanken, die Tag für Tag dafür sorgen, dass der Qualitätsanspruch an Schule erfüllt wird.

Lehrerinnen und Lehrer leisten hervorragende Arbeit, und das Gymnasium ist quicklebendig

Die Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer in Rheinland-Pfalz, wie auch alle Lehrerinnen und Lehrer insgesamt, leisten hervorragende Arbeit, dies sollte auch öffentlich anerkannt werden. Das ist auch nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch eine Frage des Berufsethos. Die Schulen sind »MehrWert«. Wir arbeiten gerne im Gymnasium und den gymnasialen Bildungsgängen an den Gesamtschulen und engagieren uns für unsere Schülerinnen und Schüler, setzen uns ein für Begabungsgerechtigkeit und Chancengleichheit und leisten damit einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft und unser Land.

Das Gymnasium wurde im Laufe seiner Bildungsgeschichte immer wieder totgesagt, von unzähligen sogenannten Bildungsexperten in der veröffentlichten Meinung systematisch schlechtgeredet. Und doch ist das Gymnasium, gerade auch in Rheinland-Pfalz mit seiner 450-jährigen Tra-

dition, eine der ältesten Schularten überhaupt und auch eine der erfolgreichsten. Und dies deshalb, weil das Gymnasium nicht statisch geblieben ist, sondern sich in einer sich ständig verändernden Welt weiterentwickelt hat, ohne seine Grundsätze der Allgemeinbildung im Sinne Wilhelm von Humboldts, der Wissenschaftspropädeutik und ganzheitlichen Erziehung zu verraten. Das Gymnasium bewegt und das Gymnasium ist quicklebendig:

2013 haben wir in Rheinland-Pfalz 149 Gymnasien, darunter 26 private Gymnasien und 4 Landesgymnasien, die von insgesamt 137 025 Schülerinnen und Schülern besucht und von rund 11 000 Lehrkräften unterrichtet werden. Sieben gymnasiale Studienseminare mit zwei zusätzlichen Außenstellen bilden die Studienreferendarinnen und Studienreferendare sehr erfolgreich aus, drei Kollegs vermitteln das Abitur auf dem zweiten Bildungsweg. Zu erwähnen sind auch die 54 Gesamtschulen, an denen Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer unterrichten.

Spitzenplätze bei Wettbewerben und Vergleichsuntersuchungen

Wir haben Hochbegabtgymnasien, Gymnasien mit den Schwerpunkten Sport, Musik- und Kunstförderung. Im Mint-Bereich – vorgestern sind sieben weitere Gymnasien dazugekommen – gehören viele rheinland-pfälzische Gymnasien zu den Exzellenz-Schulen und regelmäßig zu den Siegern im Siemens-Award-Wettbewerb, Spitzenplätze belegen Schülerinnen und Schüler aus Rheinland-Pfalz bei den Vergleichsuntersuchungen in den Fremdsprachen und den zahlreichen Fremdsprachen-Wettbewerben.

Die rheinland-pfälzischen Gymnasien sind bei den internationalen Ver-

gleichsuntersuchungen stets vorne zu finden. Bei PISA 2006 haben sie im bundesweiten Vergleich der Gymnasien im Lesen, den Naturwissenschaften und in Mathematik die Plätze 2, 3 und 7 belegt.

Wir haben gymnasiale Stundentafeln mit Mindeststundenansätzen für die Fächer mit fachbezogenen Lehrplänen, wir haben Studienseminare für die einzelnen Schularten und eine schulformbezogene Schulaufsicht in der ADD und dem Bildungsministerium und schulartbezogene Stufenpersonalratsvertretungen, wir haben eine moderate Schulzeitverkürzung G8/GTS, die wahrlich kein Sparmodell ist, das fakultative Ganztagschulmodell kann ebenfalls überzeugen, ebenfalls die zweite Fremdsprache in der sechsten Klasse; die Vergleichsuntersuchungen Vera 8 auszusetzen bzw. zeitlich zu strecken, war eine gute Entscheidung. Nach wie vor gilt: Vera Reiß ist uns lieber als Vera 8!

Beachtliche Anstrengungen in den zurückliegenden Jahren

Auch hat das Land in den letzten Jahren beachtliche Anstrengungen durch Einstellungen neuer Lehrkräfte und von Referendarinnen und Referendaren, Beförderungen zum Oberstudienrat und Studiendirektor in der Berufspolitik unternommen. Wir erkennen an, dass in der Zeit vom 1. August 2009 bis 1. August 2013, also in neun Einstellungsverfahren, 1616 Lehrkräfte in den gymnasialen Schuldienst eingestellt wurden. Vom 1. August 2009 bis 1. August 2013 wurden an den Integrierten Gesamtschulen 437 Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer eingestellt. Hinzu kommen die Einstellungen von Seiteneinsteigern.

In der Frage der Oberstufenreform stimmen wir weitgehend mit den Vorschlägen des Bildungsministeriums

überein, auch in der Frage des Zentralabiturs sind wir mit Ihnen (noch) einer Meinung, dass das rheinland-pfälzische Abitur sehr wohl vergleichbar und qualitativ ist und dass andere Länder erst einmal nachweisen müssen, dass durch ein Zentralabitur und – wenn ja durch welche Form des Zentralabiturs – bessere Abiturergebnisse erzielt werden können. Auch haben wir die Modifizierung der neuen Lehrerbildung, Kürzung der Schulpraktika von sechs auf vier und Verzicht auf die Reduzierung des Referendariats auf zwölf bzw. fünfzehn Monate sehr begrüßt.

Und dennoch, warum ist es grundfalsch, wenn gesagt wird: »Im Vergleich zu anderen Ländern leben wir auf einer Insel der Glückseligen.«?

Wir stellen fest, dass die Landesregierung in Rheinland-Pfalz vor allem nach der Landtagswahl 2011 integrative Schulsysteme präferiert und das längere gemeinsame Lernen propagiert, inzwischen wirken sich auch die Koalitionsvereinbarungen immer stärker aus. Schon der zweite Sparhaushalt unter dem Diktat der Schuldenbremse steht vor der Tür.

Die Balance zwischen den Prinzipien von Freiheit, Leistung, Selbstverantwortung und Gleichheit, Einheitlichkeit und Staatsverantwortung geht immer mehr verloren und verschiebt sich in Richtung Vereinheitlichung.

Die demografische Entwicklung und das soziale Argument, die so genannte Bildungsgerechtigkeit, werden als Argumente für die Veränderung der Schullandschaft immer wieder angeführt. Dabei haben alle nationalen und internationalen Studien der letzten Jahre und Jahrzehnte dagegen die leistungsmäßige Überlegenheit des differenzierten gegliederten Schulsystems gegenüber integrierten Systemen bewiesen.

Durch die Schulreform ist die sehr erfolgreiche Realschule abgeschafft worden, ohne dass die Probleme der Hauptschule gelöst worden sind. Zukünftig können sogar kleinste integrierte Gesamtschulen eingerichtet werden, selbst wenn in der betreffenden Region eine Realschule plus oder ein Gymnasium nicht mehr zur Verfügung stehen. Dadurch wird das Wahlrecht der Eltern auf eine freie Schuwahl erheblich eingeschränkt. Wir werden uns auch in Zukunft für das Gymnasium als differenzierte Schulform einsetzen. Diese muss in der fünften Klasse beginnen und darf nicht in der Orientierungsstufe verwässert werden, wie dies in den Gemeinsamen Orientierungsstufen von Realschule plus und Gymnasien gegenwärtig geschieht.

Die Beschwichtigungen in der Vergangenheit und Gegenwart durch die SPD-Landtagsfraktion, die bildungspolitischen Sprecher der SPD, das Bildungsministerium und die ADD, das Gymnasium sei doch gar nicht betroffen und der Philologenverband solle sich nicht so aufregen, konnten und können unsere Bedenken keineswegs zerstreuen.

Wir haben den Eindruck, dass beinahe nach einem Masterplan die Schulbaustelle Rheinland-Pfalz systematisch so organisiert wird, das gegliederte Schulwesen abzuschaffen und die Integration zwischen den Schularten in dieser Legislaturperiode mit aller Macht voranzutreiben.

Ich möchte hier nur einige ausgewählte Beispiele von angestrebten Veränderungen, die derzeit diskutiert werden, in Stichworten nennen: Abschaffung des Sitzenbleibens, der Noten und Hausaufgaben, längeres gemeinsames Lernen, autonome Schule, individuelles Lernen, Heterogenität, schulartübergreifende Rahmenlehr-

pläne, Arbeitspläne, Kompetenzorientierung, konstruktivistische Lerntheorien, selbstbestimmtes Lernen, Integration.

Die Liste ließe sich beliebig erweitern. Wir haben zahlreiche meist wenig koordinierte und schlecht vorbereitete Baustellen, die unsere Arbeit an den Schulen nicht oder nur wenig voranbringen, sondern im Gegenteil für ständig neu hinzukommende Zusatzbelastungen sorgen.

Warum wurde die AQS nach der Evaluation aller 1600 rheinland-pfälzischen Schulen nicht abgeschafft?

Durch eine Abschaffung der AQS würden erhebliche Ressourcen in Schulverwaltung und Schulen freigesetzt!

Wann endlich wird mit dem bürokratischen Monster der Schulbuchausleihe Schluss gemacht, das schon einen dreistelligen Millionenbetrag verschlungen hat und von den Eltern überhaupt nicht angenommen wird?

Warum werden die guten Ergebnisse beim jüngsten Schulleistungsvergleich des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) in den Naturwissenschaften und Mathematik durch die neuen schulartübergreifenden Rahmenlehrpläne für die naturwissenschaftlichen Fächer, wie sie gerade vom Ministerium im Entwurf vorgelegt wurden, massiv gefährdet? Leider kann ich diese Themen hier nicht näher ausführen.

Auf diese Bereiche möchte ich näher eingehen: Die Lehrerbildung, die Inklusion, die Unterrichtsversorgung und die Ressourcenfrage.

Zur Lehrerbildung

Strukturelle Mängel nicht beseitigt

Durch die Modifizierungen der neuen Lehrerbildung im Mai 2010 und Frühjahr 2011 wurden die strukturellen

Mängel der ersten Phase der neuen Lehrerbildung nicht beseitigt:

- Die Studienzeiten in der ersten Phase der Lehrerbildung werden nicht verkürzt.
- Die Bachelor-/Masterstruktur der Lehrerbildung ist gescheitert.
- Das Fachstudium wird deutlich reduziert, ein weitgehendes Einheitsstudium wird eingeführt.
- Die angestrebte Polyvalenz konnte nicht realisiert werden.
- Lehramtsstudiengänge können nicht mehr mit den Magister-, Diplom- und Promotionsstudiengängen konkurrieren.

Bei der letzten Vertreterversammlung vor zwei Jahren haben wir eindrücklich davor gewarnt, die geplante Landesverordnung über die Ausbildung und Zweite Staatsprüfung für Lehrkräfte in Kraft zu setzen. Die Landesverordnung (LVO) nimmt an keiner Stelle schulartspezifische Differenzierungen vor, sodass zahlreiche Formulierungen zu inhaltsleeren Phrasen und Leerformeln werden.

Adäquate Gymnasiallehrausbildung nicht mehr gewährleistet

Ausschließlich für das Lehramt an Gymnasien und berufsbildenden Schulen erfolgt die zeitliche Reduzierung des Referendariats um sechs Monate von vierundzwanzig Monaten auf achtzehn Monate. Bei den anderen Schularten wird die bisherige Dauer der Zweiten Phase beibehalten. Auf dieser Grundlage sind eine adäquate Ausbildung von Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrern und der Erhalt der Struktur der Gymnasiallehrausbildung nicht mehr zu gewährleisten.

Für den höheren Dienst ist mit gutem Grund im Beamtenrecht eine 24-monatige Zweite Phase (Referendariat) vorgesehen. Im Gegensatz zu den anderen Schularten erfolgt die gymnasiale



Foto: Carsten Costard

v.l.n.r.: Elvire Kuhn (Stellvertretende Landesvorsitzende PhV), Robert Tophofen (Stellvertretender Landesvorsitzender PhV), Malte Blümke (Landesvorsitzender PhV), Bildungsministerin Doris Ahnen, Ruth Ratter, MdL (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Benedikt Oster, MdL (SPD), Lilli Lenz (dbb Rheinland-Pfalz)

Lehrerausbildung in der Zweiten Phase in den insgesamt neun Jahrgangsstufen, von Klasse 5 bis Jahrgangsstufe 13 (Orientierungsstufe, Mittelstufe, Mainzer Studienstufe). Eine solche Breite von Altersstufen mit ihren unterschiedlichen pädagogischen und didaktischen Anforderungen hat keine andere Schulart aufzuweisen.

Neues Referendariat – ein Sparmodell

Nach der neuen LVO soll der eigenverantwortliche Unterricht der Studienreferendare bzw. der Studienreferendarinnen auf insgesamt 24 Stunden im Laufe des achtzehnmonatigen Referendariats ausgeweitet werden. Davon sollen von Beginn an im ersten Halbjahr vier Stunden und in den beiden anderen Halbjahren jeweils zehn Wochen-

stunden geleistet werden. Diese erhebliche Ausweitung des eigenverantwortlich zu erteilenden Unterrichts lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab.

Die Ausweitung des eigenverantwortlich zu erteilenden Unterrichts auf insgesamt 24 Stunden im Referendariat bedeutet, dass die Referendarinnen und Referendare einen Großteil des Unterrichtsbedarfs an den Ausbildungsschulen abdecken, ohne dass sie dafür entsprechend bezahlt werden, mit der Folge, dass in diesen Klassen und Kursen ein ständiger Lehrerwechsel stattfindet. Auch nehmen die Referendarinnen und Referendare durch den eigenverantwortlich zu erteilenden Unterricht den Absolventen des Referendariats nach Ablegung des 2. Staatsexamens zunehmend die Möglichkeit, in den gym-

nasialen Schuldienst eingestellt zu werden. Insofern bewahrheitet sich unsere ursprüngliche Feststellung, dass die neue Lehrerbildung zum großen Teil als ein Sparmodell angelegt wurde, wiederum auf dem Rücken der Auszubildenden und der Schulen.

Wir lehnen es auch ab, dass von Anfang an vier Stunden eigenverantwortlich zu erteilender Unterricht vorgesehen sind, und fordern, dass eine Differenzierung wie auch für das Lehramt an berufsbildenden Schulen in dem Maße erfolgt, dass die ersten sechs Monate, mindestens aber die ersten drei Monate von eigenverantwortlich zu erteilendem Unterricht freigehalten werden.

Wir kritisieren, dass »Lehrprobe« und »Unterrichtsbesuch« durch »Unterrichtsbesuch« und »Unterrichtsmit-



Foto: Carsten Costard

schau« ersetzt werden, die Einführung von Entwicklungsberichten, den Wegfall der zweiten Staatsexamensarbeit, und unklare Vornoten und Übergangsbestimmungen.

Abbrecher und Proteste

Unsere Befürchtungen haben sich leider mehr als bewahrheitet. Die Abbrecher-Quote ist steil angestiegen, aus den Seminaren und Schulen und vermehrt auch von den Schulelternbeiräten kommen Proteste, die auch nicht durch die vorgezogene Einstellung auf den 15. Januar 2014 aufgefangen werden können. Die Landesregierung wird sich in den nächsten Monaten, nicht nur wegen der Jahreszeit, sehr warm anziehen müssen! Wir fordern mit großer Entschlossenheit, dass das

Referendariat auf 21 Monate angehoben wird, dass zunächst eine dreimonatige Einführungsphase und dann jeweils drei Ausbildungsphasen mit maximal acht Stunden eigenverantwortlichem Unterricht folgen.

Zur Inklusion

Ich komme jetzt zu einem Thema, das emotional sehr bewegend ist und bei dem kritische Äußerungen sehr schnell als Diskriminierung missverstanden werden können. Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen optimale Lernbedingungen und Förderungen erhalten. Das kann in den Förderschulen geschehen, in Schwerpunktschulen und auch in allgemeinbildenden Regelschulen. In den Gymnasien mit ge-

meinsamer Orientierungsstufe von Realschule plus und Gymnasium geschieht dies schon, wenn die Realschule plus eine Schwerpunktschule ist, auch in einigen Gymnasien, beispielsweise in Alzey, Bendorf, Herxheim, Meisenheim, Schweich, wird inklusiver Unterricht für einzelne Schülerinnen und Schüler angeboten.

Rheinland-pfälzischer Weg nicht sinnvoll – erst Ressourcenfrage klären

Wir halten allerdings den Weg, den das Land Rheinland-Pfalz mit seinem neuen Schulgesetz beschreitet, nicht für sinnvoll und sind uns darin mit allen Lehrerverbänden im Deutschen Beamtenbund einig. Das vorbehaltlose Elternwahlrecht zwischen Förder-

schule, Schwerpunktschule und Einzelintegration und damit die Öffnung aller Schulen zur Inklusion mit einer angestrebten Inklusionsquote von vierzig Prozent bei gleichzeitiger Streichung des Ressourcenvorbehaltes passen einfach nicht zusammen.

Behinderte und beeinträchtigte Kinder und Jugendliche sind besonders verletzlich und bedürfen ungeachtet des Förderortes optimaler Rahmenbedingungen. Dies betrifft sowohl die personale als auch die sächliche Ausstattung. Im aktuellen Entwurf des Landeshaushalts werden zum Beginn des Schuljahres 2014/2015 nur fünfzig zusätzliche Förderschullehrer in Aussicht gestellt. Mit diesen wenigen Lehrkräften aber soll landesweit die vollständige Öffnung des Elternwillens hinsichtlich des Lernortes Förderschule, Schwerpunktschule oder Einzelintegration gestaltet werden, wie es im neuen Schulgesetz vorgesehen ist. Die Zahl ist nicht am tatsächlichen Bedarf ermittelt. Dieses Vorgehen ist daher von Vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Gleichzeitig werden weder im aktuellen Haushaltsentwurf noch im vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung die baulichen Notwendigkeiten angesprochen. Die meisten Schulen verfügen jedoch weder über Differenzierungsräume oder Ruheräume noch über Therapieräume.

Wenn diese Voraussetzungen nicht oder nur unzureichend geklärt sind, kann auch bei größtem Engagement der Lehrerinnen und Lehrer eine Inklusion zum Wohle des Kindes nicht umgesetzt werden.

Deshalb haben die dbb-Lehrerverbände die Landesregierung aufgefordert, die Umsetzung der Inklusion inhaltlich auszugestalten und erst die Ressourcenfrage zu klären, bevor sie die konkrete Umsetzung der Inklusion an den Schulen vollzieht.

Zur Unterrichtsversorgung und zu den Ressourcen

Klemm-Gutachten nachweislich falsch

Wir können uns stundenlang über gute Bildung unterhalten. Wenn die notwendigen Ressourcen fehlen, nützt das alles nichts, oder anders ausgedrückt: ohne Moos nichts los! Wir hätten erwartet, dass die rot-grüne Landesregierung mit dem neuen Doppelhaushalt die Fehler aus der Koalitionsvereinbarung korrigiert. Denn die Rahmendaten aus dem sogenannten Klemm-Gutachten, auf das sich die Einsparungen von 2000 Lehrstellen bis 2016 beziehen, sind nachweislich falsch.

Abgesehen davon, dass die Klemm-Studie die mangelhafte Lehrerversorgung von 2011 bis 2016 und darüber hinaus einfach fortschreiben will, hat sich Bildungsforscher Klemm bei den Schülerzahlen total verschätzt, denn die Schülerzahlen sind schon im ersten Jahr nach dem Gutachten im Jahre 2012 um 2074 höher und 2013 um 4200 höher, als Klemm dies vorhergesagt hat. Bei den Einschulungen sind die Anmeldungen entgegen der Prognose sogar um 900 gestiegen.

Da das mangelhafte Klemm-Gutachten von der Landesregierung als Grundlage der Planungen genommen wird, fallen an den Schulen des Landes Woche für Woche tausende Unterrichtsstunden aus. An den Gymnasien sind es allein mehr als 10000 Unterrichtsstunden, die in einer Woche nicht gegeben werden.

Frau Ministerin, Sie stellen ja am Freitag, dem 29. November 2013, die neuen Daten zur Schulstatistik und zur strukturellen Unterrichtsversorgung vor. Nach unseren Informationen wird sich die strukturelle Unterrichtsversorgung nicht verbessern, eher sogar

verschlechtern. Ich lasse mich hier gerne korrigieren.

Nach wie vor gilt, dass wir einen hohen Unterrichtsausfall haben und dass genügend auf Steuerzahlerkosten fertig ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer auf dem Lehrerbearbeitungsmarkt zur Verfügung stehen, und dies auch in Mangelfächern.

Holt die Lehrkräfte von der Straße!

Der Abbau von Lehrstellen und Unterrichtsausfall passen einfach nicht zusammen!

Mit befristeten Arbeitsverträgen kann man kein selbstbestimmtes Leben führen!

Hier haben SPD-Parteivorsitzender Sigmar Gabriel und Ministerpräsidentin Malu Dreyer völlig recht. Nur seltsam ist es, dass die rot-grüne Landesregierung mit 2550 Vertretungslehrkräften eine der größten Zeitarbeitgeber des Landes ist und Zeitarbeitsverträge zwar in der Wirtschaft, aber nicht im öffentlichen Dienst kritisiert.

Wir fordern, dass die langjährigen Vertretungslehrkräfte, die beispielsweise zehn oder mehr sogenannte Kettenverträge haben, durch Zusagen auf Entfristung der Verträge eine Lebens- und Berufsperspektive erhalten und dass die bestehenden Vertretungsverträge schneller und in größerem Umfang in 'Poolstellen' im Beamtenverhältnis umgewandelt werden. Es darf nicht sein, dass die Vertretungslehrkräfte zu Beginn des Schuljahres die Statistik zur Unterrichtsversorgung aufbessern und den nach wie vor hohen Unterrichtsausfall verdecken und anschließend um Anschlussverträge betteln müssen oder sogar entlassen werden.

Völlig aus der Luft gegriffen und als geradezu grotesk finden wir die Forderung nach weiteren Stelleneinsparungen an den Schulen, wie sie jetzt

wieder gebetsmühlenartig vom Finanzministerium, dem Rechnungshof und Steuerzahlerbund vorgeschlagen werden. Offensichtlich haben diese Leute keine Ahnung von dem gesetzlich verbrieften Recht auf Bildung und von der realen Schulwirklichkeit, die bis 2016 von Unterrichtsausfall trotz leicht zurückgehender Schülerzahlen geprägt ist. Sie betrachten die Schule lediglich als fiskalische Einheit, die immer billiger gemacht werden kann. Folgt man dieser Logik, wäre »gar keine Schule« die billigste Schule.

Der Doppelhaushalt sieht im Bildungsbereich sogar eine Steigerung von 0,8 Prozent in 2014 und 2,2 Prozent in 2015 vor. Demnach stimmt sogar die Aussage, an Bildung werde nicht gespart. Schaut man sich den Stellenplan genauer an, dann muss man feststellen, dass ausschließlich im Schulbereich Stellen abgebaut werden. Im Ministerium, bei der ADD und AQS, bei den Serviceeinrichtungen des Landes wird keine einzige Stelle eingespart, im Gegenteil, es werden hier sogar noch zusätzliche Stellen geschaffen.

Bei den Häuptlingen wird also nicht gespart, die Indianer müssen dagegen bluten.

Ohne Nürburgring und Hahn könnte Rheinland-Pfalz die Schuldenbremse ohne Weiteres einhalten. Wir fordern die Landesregierung auf, die Steuermehreinnahmen und die Zusatzmittel durch den Länderfinanzausgleich und durch die Steuer-CD in den Bildungsbereich sinnvoll zu investieren.

Ich komme zum Schluss:

Ich hoffe, dass ich Lob und Kritik in meinen Ausführungen angemessen verteilt habe – in der dem Philologenverband eigenen differenzierten sachlichen und vernünftigen Art.

Wir erwarten Kontinuität, Vertrauen, Zuverlässigkeit in der Bildungspolitik und Berufspolitik. Dazu gehören gute Rahmenbedingungen. Für konstruktive Lösungen zum Wohle des Gymnasiums sind wir immer gesprächsbereit! Massive Einsparungen ohne vorherige Aufgabenkritik gehen gar nicht.

Gute Bildung gibt es nicht zum Nulltarif, sie kann nur von gut ausgebildeten, motivierten und angemessen

bezahlten Lehrkräften vermittelt werden. Deshalb fordert der Philologenverband die Abschaffung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern, die Aufhebung des Besoldungsdiktates, die Rücknahme der Stellenstreichung von 2000 Lehrerstellen und die Rücknahme der Kürzung des Referendariats um 25 Prozent! Statt endloser Strukturdebatten und übertriebener formalistischer Kompetenzorientierung müssen wieder herausfordernde und spannende Themen und Inhalte den Unterricht und die Bildungsdiskussion bestimmen!

Ich bin fest davon überzeugt, dass das Gymnasium eine erfolgreiche Zukunft für die nächsten Jahrzehnte und darüber hinaus haben wird: Gymnasien sind eine Einrichtung, in der die gesamte geistige Welt der Menschheit in der Gemeinschaft der Lernenden und Lehrenden jeden Tag aktiv ist und jeden Tag weiter wächst.

Jetzt freue ich mich auf die weiteren musikalischen Darbietungen und die drei folgenden und sicherlich sehr spannenden Reden!

Vielen Dank



Musikalische Umrahmung der Festveranstaltung: Felke Sinfonics, Emanuel-Felke-Gymnasium Bad Sobernheim, Leitung Studiendirektorin Stefanie Ludes

Foto: Carsten Costard